

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

33. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2024 in Helsingør, Dänemark

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages	2
2 Schwerpunkte der Jahrestagung	2
3 Eröffnung der Jahrestagung	2
4 Erster Sitzungsabschnitt: „Verteidigungszusammenarbeit“	3
5 Empfehlung des Baltic Sea Parliamentary Youth Forum	6
6 Zweiter Sitzungsabschnitt: „Sicherheit der Energieversorgung“	7
7 Dritter Sitzungsabschnitt: „Sicherheit in der Ostsee“	8
8 Ansprachen von Vertreterinnen und Vertretern anderer parlamentarischer Versammlungen, internationaler Gäste und BSPC-Beobachterorganisationen	10
9 Berichte der Arbeitsgruppe und der Berichterstatter	11
10 Vierter Sitzungsabschnitt: „Klimainitiativen“	12
11 Abschluss der Jahrestagung	14
12 Verabschiedete Entschließung	15

1 Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages

Die 33. Tagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) fand vom 25. bis 27. August in Helsingør, Dänemark statt. Für den Deutschen Bundestag nahmen folgende Delegationsmitglieder teil:

Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD), Delegationsleiter und BSPC-Vizepräsident

Abgeordnete **Petra Nicolaisen** (CDU/CSU), stellvertretende Delegationsleiterin,

Abgeordnete **Anna Kassautzki** (SPD),

Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordnete **Gyde Jensen** (FDP),

Abgeordneter **Joachim Wundrak** (AfD).

2 Schwerpunkte der Jahrestagung

Die 33. Jahrestagung der BSPC stand unter dem Motto „Sicherheit in der Ostsee – Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Energieversorgung, Verteidigungszusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels“. An der Konferenz nahmen Abgeordnete aus 17 nationalen und regionalen Parlamenten des Ostseeraums sowie parlamentarischer Organisationen teil. Die mehr als 150 Delegierten, Experten und Gäste diskutierten über verschiedene Aspekte der Sicherheit im Ostseeraum, wie Verteidigung, Energieversorgungssicherheit und Schutz des Klimas. Ein Fokus lag auf der engen Kooperation und gemeinsamen Projekten mit allen demokratischen Ostseeanrainern.

Im Rahmen der Konferenz präsentierte Abgeordnete **Anna Kassautzki**, die BSPC-Berichterstatlerin für Munitionsaltlasten ist, ihren Bericht über aktuelle Entwicklungen bei dieser Thematik. Außerdem stellte die BSPC mit einer einstimmig angenommenen Geschäftsordnungsänderung die Weichen für eine Änderung im Generalsekretariat.

Am 25. August 2024 tagte der Redaktionsausschuss, in dem der Deutsche Bundestag durch seinen Delegationsleiter Abgeordneten **Johannes Schraps** vertreten ist. Der Ausschuss beriet über die 33 eingereichten Änderungs- und Ergänzungsanträge, die zu dem vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Entschließungsentwurf eingegangen waren. Alle 18 von der Bundestagsdelegation eingebrachten Vorschläge, insbesondere zu den Themen stärkere Partnerschaft mit der Ukraine und Munitionsaltlasten in der Ostsee, wurden übernommen. Auch die weiteren Änderungsanträge von Delegationen aus Polen, Island und Åland wurden angenommen oder es wurden Kompromissformulierungen gefunden, so dass die Konferenz die Entschließung einstimmig am 27. August 2024 annahm. Hierin sind konkrete Empfehlungen an die Regierungen verankert, die an diese weitergeleitet und in einem Follow up-Prozess eng von der BSPC begleitet werden.

Vom 25. bis 26. August 2024 kamen auf Einladung des dänischen Parlaments 27 junge Menschen aus dem Ostseeraum zum Baltic Sea Parliamentary Youth Forum (BSPYF) zusammen. Die jungen Teilnehmenden führten intensive Debatten und stellten ihre Ergebnisse dann den Abgeordneten vor. Thematisch war das Jugendforum eng mit den Themen der BSPC-Jahrestagung verknüpft und am Thema Sicherheit im Ostseeraum orientiert. Die von den BSPYF-Teilnehmenden erarbeiteten Empfehlungen fließen in die BSPC-Entschließung im Jahr 2025 ein.

3 Eröffnung der Jahrestagung

Søren Gade, Sprecher des dänischen Parlaments, begrüßte die Teilnehmenden der Konferenz sowie des Parlamentarischen Jugendforums und hob zunächst die zentrale geografische Lage Helsingørs im Ostseeraum hervor. Der brutale Angriff Russlands auf die Ukraine sei ein Wendepunkt für Europa, der alle Prinzipien einer regelbasierten internationalen Ordnung verletze. Die BSPC habe daher ihre Zusammenarbeit mit der russischen Seite beendet. Die demokratischen Nationen müssten nun Schulter an Schulter mit der Ukraine stehen, denn der Kampf der Ukraine sei auch der Kampf der anderen Nationen. Nach dem Rückzug Russlands aus den Ostsee-Institutionen sei es umso wichtiger, dass die verbleibenden Nachbarstaaten noch enger zusammenarbeiteten. Dies gelte für die Arbeit in der BSPC, aber auch in der EU und in der NATO. Er freue sich, dass nun auch Finnland und Schweden dem Militärbündnis beigetreten seien und damit die Abschreckungswirkung verstärkt werde. Das Thema der diesjährigen BSPC-Konferenz laute „Safety and Security in the Baltic Sea Region“ (Sicherheit im Ostseeraum) und sei angesichts der jüngsten Vorfälle angebracht, da diese die Energieversorgung destabilisiert hätten. Sabotage und Cyberangriffe auf das Stromnetz, Internetkabel und digitale Systeme nähmen kein Ende. Auch wenn die

Schäden behoben seien, hätten die Angriffe ihr Ziel erreicht, die Bevölkerung zu verunsichern und die Beziehungen des Westens zu Russland zu spalten. Er betonte die zentrale Bedeutung der Ostseeregion für die Bekämpfung des Klimawandels, die Wiederherstellung des maritimen Ökosystems sowie für Energie und Sicherheit. Es sei wichtig, voneinander zu lernen. Dies gelte insbesondere für die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendforums. Abschließend wünschte er den Anwesenden eine erfolgreiche Konferenz und unterstrich die Bedeutung der BSPC für die Parlamente der Region.

BSPC-Präsident **Henrik Møller** (Dänemark) erklärte, dass die Konferenz den Höhepunkt eines Jahres bestehend aus harter Arbeit, Zusammenarbeit und der Fortführung wichtiger Traditionen darstelle. Die Konferenz unterstreiche das Engagement für den Wohlstand, die Sicherheit und die Nachhaltigkeit des demokratischen Ostseeraums. In einer komplexen politischen Landschaft seien Herausforderungen gemeistert worden und es habe auch kritische Dialoge gegeben. Bei den Treffen im Herbst 2023 seien die Grundzüge gemeinsamen Handelns für das kommende Jahr festgelegt worden. Er hob insbesondere die Teilnahme an der Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates mit wichtigen Gesprächen, vor allem mit dem Präsidenten des ukrainischen Parlaments, hervor. Auf den Tagungen des Nordischen Rates und der Baltischen Versammlung seien Gemeinsamkeiten vertieft, aber auch Kontakte über die Region hinaus geknüpft worden – beispielsweise mit dem schottischen Parlament. Dies spiegele die wachsende Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit wider. Im Juni 2024 habe die BSPC am Treffen der Benelux-Staaten teilgenommen und intensive Gespräche über die Sicherheit der Häfen geführt. In den Bereichen Umweltschutz, Energiesicherheit und der regionalen Verteidigungszusammenarbeit seien Fortschritte erzielt worden. Er berichtete, Besuche der Baustellen der Rail Baltica und des Fehmarnbelt-Tunnels hätten einen tiefen, praktischen Einblick in die wichtigsten Infrastrukturprojekte der Region im Osten und Westen gewährt. Ein Studienaufenthalt an der finnischen Ostgrenze habe zudem Einblicke in die Situation vor Ort gegeben. Er hob die vorbildliche Arbeit der BSPC-Arbeitsgruppe für Energieversorgung, -sicherheit und -resilienz hervor. Diese habe den Dialog gefördert und innovative Lösungen vorgeschlagen, um die Widerstandsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Sicherheit der Energieinfrastruktur zu gewährleisten. Die Sitzungen des Ständigen Ausschusses hätten sich dazu intensiv mit kritischen Infrastrukturen befasst und ihre Verbindungen mit der EU-Kommission, HELCOM und dem Ostseerat in Bezug auf Klima, Sicherheit und Umweltschutz vertieft. Er wies darauf hin, dass sich die diesjährige Konferenzresolution auf die Verbesserung der Infrastruktur, die Erhöhung der militärischen Mobilität und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Ostseeländern konzentrieren werde. Abschließend skizzierte er das Programm der Konferenz, das von Verteidigung und Energieversorgungssicherheit über die Sicherheit im Ostseeraum bis hin zu Klimainitiativen reiche. Er betonte die Notwendigkeit von Einigkeit, Mut und einem unerschütterlichen Bekenntnis zu den Werten der BSPC.

4 Erster Sitzungsabschnitt: „Verteidigungszusammenarbeit“

Der ehemalige finnische Außenminister, **Pekka Haavisto**, erinnerte an Finnlands 1.300 Kilometer lange Grenze mit Russland. Diese habe Finland dazu veranlasst, ein Konzept der umfassenden Verteidigung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und privater Unternehmen zu entwickeln. Er räumte ein, dass die jüngsten Überlegungen zur Kriegsführung falsch gewesen sein könnten, da Schlachten, wie sie den Zweiten Weltkrieg geprägt hatten, nicht mehr realistisch seien. Stattdessen seien Cyberkriege, Informationskriege und hybride Kriege an ihre Stelle getreten. Das bedeute, dass die demokratische Sicherheit auf der Grundlage all dieser Arten von Risiken aufgebaut werden müsse. Darüber hinaus müsse die Sicherheit im Ostseeraum auf den lokalen Institutionen – insbesondere der EU und der NATO – aufbauen. Haavisto erklärte, dass Finland enttäuscht sei, dass gemeinsame Sicherheitsmaßnahmen nicht von der EU geplant und durchgeführt würden. Er hoffe, dass die kommende EU-Kommission diese Bemühungen ernster nehmen werde. Darüber hinaus sehe er gravierende Mängel in der Verteidigungsindustrie, die sich in den Bemühungen um die Ausbildung ukrainischer Soldaten an moderner Ausrüstung zeigten. Es fehle an Interoperabilität, Standardisierung und Harmonisierung. Diese müssten umgesetzt werden, wobei sich die drängende Frage stelle, ob dies innerhalb der EU unter Einbeziehung zum Beispiel Großbritanniens und Norwegens oder im transatlantischen Kontext geschehen solle. Außerdem müsse die Politik wissen, ob die Bevölkerung bereit sei, diese Investitionen weiterhin zu unterstützen. Die Überwachung der Meere sei angesichts der Vorfälle bei *Nord Stream* und *Balticconnector* von entscheidender Bedeutung. Hier könnten die hochmodernen U-Boot-Flotten Finnlands und Schwedens entscheidend sein. Er ging auch auf Umweltprobleme ein, die von versenkter Munition über Gaspipelines bis hin zum Transport von Gas und anderen gefährlichen Stoffen per Schiff reichten. In diesem Zusammenhang sei auch die Energiewende von entscheidender Bedeutung.

Jarosław Wałęsa (Polen) nahm Bezug auf die Enttäuschung von Pekka Haavisto über die Reaktion der Europäischen Union. Er sei selbst enttäuscht über die Unfähigkeit der Europäer, einheitliche Antworten zu finden. Es liege noch ein langer Weg vor ihnen, um eine fruchtbare Koalition zu bilden, die sinnvoll und kosteneffizient sei.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hätten sich die Gespräche grundlegend geändert und er hoffe, dass die neue Verständigung zu einer sinnvollen Koalition führen werde. Für Polen liege die Ostsee in unmittelbarer Nachbarschaft und sei daher von entscheidender Bedeutung. Aber auch ihre geostrategische Bedeutung habe dramatisch zugenommen, was eine regionale Zusammenarbeit unerlässlich mache. Er hoffe, dass dies auch die Art und Weise verändern werde, wie Politiker mit ihren Wählenden sprechen würden und warum es wichtig sei, den Krieg in der Ukraine zu finanzieren. Die jüngste Lücke in der US-Unterstützung habe die Abhängigkeit von den Unterstützungslieferungen verdeutlicht und mache es umso dringlicher, diese Unterstützung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig warnte er davor, die Präsenz anderer russischer Einrichtungen in der Region zu ignorieren, und verwies auf Kaliningrad und die maritimen Aktivitäten des Landes. Russland könne nach wie vor jedes der Ostseeanrainerländer kurzfristig bedrohen und kritische Infrastrukturen angreifen, wie zum Beispiel unterseeische Pipelines. Er verwies ferner auf eine Welle russischer hybrider Angriffe, die Unterbrechung von GPS-Signalen, absichtliche Verletzungen des Luftraums, Sabotage, künstlich erzeugte Migrationsströme und Cyberangriffe. Der Beitritt Finnlands und Schwedens habe die Positionen im hohen Norden und im euro-atlantischen Raum gestärkt. Die Tatsache, dass die Ostsee ein von der NATO dominierter Raum geworden sei, sei jedoch nicht nur eine Chance, sondern auch eine Herausforderung, da Russland versuche, die gesamte Region zu destabilisieren. Polen begrüße die jüngste Initiative der finnischen Präsidentschaft des Ostseerates, gemeinsame Positionen und Reaktionen besser zu koordinieren. Er rief die NATO dazu auf, sich weiterhin auf die kollektive Sicherheit zu konzentrieren und jede Aggression, sei sie hybrider oder militärischer Natur, die vom Territorium Russlands, Belarus oder anderer Länder ausgeht, zurückzuweisen. Die ständige Präsenz von alliierten Streitkräften an der Ostflanke sei von entscheidender Bedeutung. Ein dauerhafter Frieden in Europa sei nur möglich, wenn die Ukraine unterstützt und schließlich in die NATO aufgenommen werde.

Flemming Splidsboel (Dänisches Institut für Internationale Studien (DIIS)) eröffnete seine Rede mit den Worten, dass er zwei unbequeme Wahrheiten ausspreche. Zum einen werde der Konflikt mit Russland noch lange andauern. Zum anderen bestehe die Möglichkeit, dass die Ukraine den Krieg verliere. Dies müsse bei der Diskussion über die öffentlichen Ausgaben zur Unterstützung des Landes berücksichtigt werden. Der Konflikt mit dem Westen sei zur Daseinsberechtigung des russischen Regimes geworden und tief in der russischen Gesellschaft verankert. Alles im Lande sei politisiert, bis hin zu Musikfestivals. Er unterstrich den Wandel hin zu einem halbtotitären, möglicherweise faschistischen Regime in Russland. Die Metaerzählung verlagere alle Probleme Russlands auf den Westen, sodass er zweifle, ob Putins Regime ohne den derzeitigen Konflikt überleben würde. Die Verlegung von Raketen (möglicherweise mit Nuklearsprengköpfen) nach Kaliningrad werfe die Frage nach der Bedeutung dieser Aktionen als Signale auf. Neben der Konzentration auf direkte militärische Bedrohung müsse auch die hybride Kriegsführung angesprochen werden. Für ihn als Forscher bedeute das die bewusste Mischung von kinetischen und nicht-kinetischen Mitteln. In diesem Zusammenhang seien der physische Bereich als Schauplatz kinetischer Wirkung, der Cyber-Bereich und der kognitive Bereich, beispielsweise Desinformation, zu erwähnen. Russland sei kreativ in der Nutzung dieser Bereiche für die Ausnutzung von westlichen Schwachstellen. Der Westen müsse daher auch bei der Verteidigung gegen diese nichtkinetischen Bedrohungen zusammenarbeiten. Er wies auf die Pläne der dänischen Regierung hin, diese Bereiche in einem Ministerium zusammenzuführen. Die EU habe einige wirksame Standards gegen nicht-kinetische Angriffe eingeführt, an denen sich orientiert werden könne. Bei kinetischen Angriffen sollte der Westen sich an die NATO wenden. Ein weiterer Punkt, auf den man sich vorbereiten müsse, sei die Frage, wie man mit Russland umgehen werde, sobald der Krieg beendet sei. Die Situation könnte mit der des Kalten Krieges vergleichbar sein. Er sei sich bewusst, dass diese Diskussion verfrüht erscheinen könnte, doch müsse man auf diese Eventualität vorbereitet sein.

In der sich anschließenden Debatte betonte **Lene Westgard Halle** (Norwegen), sie sei jeden Morgen dankbar für den Frieden. Ihre Region habe jedoch länger mit Krieg als mit Frieden gelebt. Konflikte und harte Arbeit hätten die Geschichte des Ostseeraums geprägt, Frieden sei keine Selbstverständlichkeit. Der Westen führe an zwei Fronten Krieg. Im Osten gegen einen alten Bären, der in ein anderes Land eingefallen sei, was von Schwäche und Unsicherheit zeuge. Die andere Schlacht sei die Verteidigung der Demokratie. Das Internet, die russischen Trollfabriken, die gefälschten Profile und die konstruierten Konflikte in den sozialen Medien geschähen innerhalb der nationalen Grenzen des Westens. In diesem Zusammenhang appellierte sie an die politische Linke und Rechte, sich nicht zu polarisieren. Die Demokratien müssten sich die Vielfalt zu eigen machen und akzeptieren, dass nicht alle gleich seien, aber sie müssten weiter miteinander reden. Putins Strategie der Spaltung werde scheitern, wenn man sich zusammenschließe. Sie rief dazu auf, die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Andris Kulbergs (Lettland) merkte an, dass er vor der Invasion Russlands 2014 als Vertreter eines niederländischen Unternehmens mit Russland zusammengearbeitet habe. Er habe den Wandel in der russischen Gesellschaft miterlebt, der sich in der Wiederverehrung Stalins als Legende äußere. Er sehe nicht, wie es nach den Ereignissen

in der Ukraine eine Rückkehr zur Normalität geben könne. Es sei ein Fehler gewesen, die Ukraine im ersten Jahr des Krieges nicht umfassend zu unterstützen. Er warnte auch davor, dass eine weitere Verschleppung des Krieges dazu führe, dass nicht mehr Ukrainer, sondern Bürger westlicher Länder kämpfen würden. Als Neuling in der Politik sei er anfangs unsicher gewesen, welche Rolle die BSPC spielen solle. Der Krieg habe jedoch gezeigt, wie wichtig das Forum für die Übermittlung von Informationen und dringenden Anliegen an die Parlamente sei. Als Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe für Energiesicherheit wisse er, dass alle verstanden hätten, dass sie im selben Boot säßen. Es fehle jedoch eine Informationsdrehscheibe, um alle betroffenen Länder zu informieren, und vor allem eine Strategie für den Umgang mit hybriden Angriffen. In diesem Zusammenhang erwähnte er den Angriff auf die Ostseeverbindung durch ein mutmaßlich chinesisches Handelsschiff, das seinen Anker durch die Unterseekabel gezogen habe. Die Arbeitsgruppe habe festgestellt, dass der bevorstehende Winter für einen Cyberangriff auf die Energieversorgung am anfälligsten sei. Die Ostseeanrainerstaaten, insbesondere die baltischen Staaten, Polen und Finnland, seien Grenzstaaten zu Russland. Sie müssten sich gegenseitig in ihren Verteidigungsbemühungen unterstützen. Dies sei kein nationales Anliegen, sondern ein Anliegen der EU als Ganzes.

Lars Christian Brask (Dänemark) verstand Herrn Haavisto und Herrn Wałęsa dahingehend, dass die EU versagt habe. Er erkundigte sich, wie die EU besser agieren könne. An Herrn Splidsboel richtet er die Frage, wie die Bedrohung durch einen Atomkrieg angegangen werden könne.

Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) machte auf die veränderte Wahrnehmung der Sicherheitsfrage in Deutschland aufmerksam und erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die deutsche Sicht auf Nordstream II vor dem 24. Februar 2022. Das Sicherheitsbedürfnis – gerade der östlichen Nachbarn Deutschlands – sei seither gewachsen, was sich im verstärkten Engagement Deutschlands, unter anderem durch die dauerhafte Stationierung einer Brigade in Litauen, widerspiegele. Des Weiteren ging sie auf die kognitive Dimension der Sicherheit ein. Öffentliche Akzeptanz sei hier entscheidend. Allerdings würden Falschinformationen das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen unterminieren. Aufgrund absichtlich gestreuter Falschinformationen und Lügen seien Teile der Bevölkerung empfänglicher für anti-demokratische Narrative. Sie unterstrich, dass nicht genug über die tatsächlichen Gefahren dieser Entwicklung informiert werde. Außerdem gebe es zu wenig Verständnis für dessen Interdependenzen; letztendlich sei die Sicherheit unserer Nachbarn unsere eigene Sicherheit. Insofern sei es Kernaufgabe der Politik, diesen Falschinformationen entgegenzutreten, Komplexitäten zu erklären und für den Erhalt demokratischer Werte zu kämpfen.

Flemming Splidsboel erklärte, auf einen Atomkrieg müsse man sich mental vorbereiten. Die USA hätten sich sowohl mit taktischen als auch mit strategischen Sprengköpfen vorbereitet und Russland mitgeteilt, dass sie im Falle eines Einsatzes reagieren würden. Für die EU müsse ein Plan ausgearbeitet werden. Er zitierte den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dass es keine rote Linie mehr gebe, die nicht überschritten werden dürfe. Er stimmte auch Claudia Müller zu, dass der kognitive Bereich des Krieges noch nicht vollständig verstanden worden sei. Der Konflikt mit dem Westen werde auch bei einem Frieden in der Ukraine weitergehen. Russland werde seine Desinformationskampagnen fortsetzen. Das sei die neue Realität. Desinformation gebe es auch von China und anderen Akteuren. Dieser Herausforderung müsse dynamisch begegnet werden.

Jaroslav Wałęsa betonte, er sei ein starker Befürworter des europäischen Projekts. Er sehe auch die Notwendigkeit einer stärkeren Integration, denn die EU sei ein sich ständig veränderndes Gebilde. Da noch nie jemand ein vergleichbares Projekt in Angriff genommen habe, sei es offensichtlich, dass Fehler gemacht würden. Für eine stärkere Integration seien jedoch institutionelle und vertragliche Änderungen erforderlich. Ohne diese Änderungen sei die EU nicht in der Lage, auf Krisen zu reagieren. Er begrüßte den Vorschlag der Europäischen Kommission, eine europäische Verteidigungsposition zu schaffen. Insgesamt äußerte er sich pessimistisch darüber, was im gegenwärtigen institutionellen Rahmen erreicht werden könne und was außerhalb dieses Rahmens möglich wäre. Die Bemühungen müssten eindeutig koordiniert werden. In diesem Zusammenhang schlug er wiederholt eine Aufteilung der Produktionsarten vor, da nicht jedes Land Munition herstellen müsse. Auch wenn die Ukraine in einen brutalen Krieg verwickelt sei, müssten die demokratischen Institutionen und Gerichte zur Bekämpfung von Korruption gestärkt werden. Mit der finanziellen und militärischen Unterstützung müsse der Westen auf diese Maßnahmen in der Ukraine bestehen. Das Endziel müsse eine demokratische und souveräne Ukraine innerhalb der EU sein. Als Beispiel für seine pessimistische Sichtweise erwähnte er die Idee einer europäischen Armee, die immer wieder thematisiert, aber nie umgesetzt worden sei. Er glaube nicht, dass dies zu seinen Lebzeiten geschehen werde. Eine europäische Verteidigungsmacht sollte angestrebt werden, sonst sei Europa noch lange über die NATO von den USA abhängig. Er betonte, dass er an ein siegreiches Hervorgehen aus der derzeitigen Krise glaube.

Pekka Haavisto erklärte, man müsse die lange Geschichte der Ostseeregion und Russlands im Hinterkopf behalten. Er merkte an, dass ihn der Beitrag von Claudia Müller über die Beziehungen Russlands zu Burkina Faso oder den Tschad nachdenken lasse. Der Westen habe früher gute Beziehungen zu diesen Ländern gehabt, diese wechselten nun jedoch ihre Loyalität. Er mahnte zu einem kritischen Umgang mit eingehenden Informationen. Die Menschen seien geneigt, alles Schlechte über Russland zu glauben, ohne kritisch zu reflektieren. Das Verständnis über das „große Ganze“ sei von entscheidender Bedeutung, insbesondere in Kriegszeiten. Er begrüßte die Einführung eines EU-Kommissars für Verteidigung. Er betonte zudem, dass die Europäische Union schließlich die erste gewesen sei, die der Ukraine geholfen habe. Er forderte jedoch Übungen für den Fall des Angriffs auf ein Mitgliedsland.

Prof. Jānis Vucāns (Baltische Versammlung, Lettland) erklärte, er ergreife das Wort, da Herr Wałęsa die Meinung der baltischen Staaten einfordere. Er wies darauf hin, dass das Thema Verteidigung und Sicherheit spätestens seit 2014, kurz nach der Besetzung der Krim durch Russland, auf der Tagesordnung des BSPC stehe. Die Diskussion sei sehr schwierig gewesen, da auch die russische Staatsduma und mehrere Regionalparlamente Mitglieder der BSPC gewesen seien. Auch Belarus habe einen Beobachterstatus in der BSPC beantragt. Was sich nun geändert habe, sei, dass alle BSPC-Mitglieder auch NATO-Mitglieder seien. Die Diskussionen in der Baltischen Versammlung hätten gezeigt, dass neben der NATO auch ein regionaler Ansatz notwendig sei. Die baltischen Staaten seien der NATO, insbesondere Großbritannien, Kanada und Deutschland, dankbar für die multinationalen Gefechtsverbände, die im Baltikum stationiert seien. Dies Sorge für Stabilität und stärke das Vertrauen der Bevölkerung in die NATO. Er sehe einen Zusammenhang zwischen den kinetischen und den nicht-kinetischen Aktivitäten, da erstere hauptsächlich von den Regierungen umgesetzt würden, während die nicht-kinetischen – die nicht-physischen – Anstrengungen von den Menschen, von den Parlamenten umgesetzt werden müssten. Er verwies auf die Debatten über die baltischen Staaten, die das von der NATO gesetzte Ziel von zwei Prozent des Verteidigungsbudgets erreicht hätten; die Akzeptanz sei erst gekommen, als die Menschen erkannt hätten, dass es besser sei, im Falle eines Angriffs zu zahlen und NATO-Truppen vor Ort zu haben. Er betonte, dass die Regierungen zu mehr Zusammenarbeit ermutigt werden könnten.

Pekka Haavisto äußerte sich besorgt über die Entwicklungen in Belarus, da es dort viele demokratische Aktivist:innen gebe und das Land dennoch unter russischer Kontrolle stehe. Er erinnerte an einen Besuch in Belarus im Jahr 2019, bei dem der dortige Machthaber Lukaschenko erklärt habe, sein Land wolle einer der nordischen Staaten werden. Auf den Vorschlag, die Demokratie zu stärken, habe Lukaschenko jedoch geantwortet, man wolle nicht so nordisch sein. Das belarussische Volk stehe aber dem Ostseeraum nahe und der Kontakt solle auch während des Konflikts aufrechterhalten werden.

5 Empfehlung des Baltic Sea Parliamentary Youth Forum

Dieser Sitzungsabschnitt wurde gemeinsam von **Carola Veit**, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, und **Himanshu Gulati** (Norwegen) geleitet.

Die Teilnehmenden des Jugendforums stellten die von ihnen erarbeiteten Empfehlungen vor.

Frau **Nagham Jaghoub** (Norwegen) empfahl, die Widerstandsfähigkeit und Sicherheit im Energiebereich durch Forschung und Entwicklung veralteter Systeme in Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor zu verbessern und NATO-Initiativen zu ergänzen. Zudem solle die Widerstandsfähigkeit der maritimen Infrastruktur gestärkt werden, indem gefährdete Gebiete mittels Kartierung, Risikobewertungen und Informationsaustausch zwischen öffentlichen und privaten Akteuren identifiziert werden, um schnell auf Bedrohungen reagieren zu können.

Frau **Ramonaitytė-Jemeljanovaitė** (Litauen) betonte, dass die Stimme der Jugend gehört werden müsse. Sie forderte einen beschleunigten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, insbesondere aus nicht EU-Quellen wie Russland, und den Ausbau nachhaltiger Energien. Zudem solle das Stromnetz modernisiert und optimiert werden. Sie hob die Bedeutung eines gerechten Übergangs hervor, um Energiepreise zu senken, Vertrauen in Institutionen aufzubauen und gefährdete Gemeinschaften zu unterstützen. Umschulungen für von der Energiewende betroffene Arbeitskräfte seien entscheidend, um niemanden zurückzulassen.

Frau **Sarah Vestergaard** (Dänemark) betonte das starke politische Engagement der dänischen Jugend, wobei 76 Prozent aktiv seien, obwohl ihr Vertrauen in die Demokratie geringer sei. Sie hob hervor, dass Jugendliche in Jugendorganisationen mehr Vertrauen hätten, was den Wert demokratischer Beteiligung und Freiwilligenarbeit verdeutliche. Das Forum forderte, Jugendorganisationen zu unterstützen und ihre Perspektiven in die Energiepolitik des Ostseeraums einzubeziehen. Zudem solle der Zugang zu grüner Bildung gefördert und Energieunternehmen ermutigt werden, jungen Menschen Lernmöglichkeiten zu bieten. Vestergaard dankte dem BSPC für die Berücksichtigung der Jugendempfehlungen des Vorjahrs.

In der anschließenden Debatte äußerte **Johannes Schraps** sein Bedauern, dass die Prozesse innerhalb der BSPC die Aufnahme der Empfehlungen in die diesjährige Entschließung verhinderten. Er betonte jedoch, dass sie in die Resolution 2025 einfließen und von allen nationalen und regionalen Parlamenten unterstützt würden. Er rief dazu auf, die Antworten der Regierungen auf die Entschließung im Frühjahr zu überprüfen, um den Fortschritt zu bewerten.

6 Zweiter Sitzungsabschnitt: „Sicherheit der Energieversorgung“

Der Vorsitzende des Sitzungsabschnitts, **Andris Kulbergs**, wies darauf hin, dass er gleichzeitig der Vorsitzende der aktuellen BSPC-Arbeitsgruppe zu diesem sehr wichtigen Thema sei. Er erinnerte daran, wie sehr das Thema in den letzten Jahren vernachlässigt worden sei, etwa weil man sich zu lange auf russisches Gas verlassen habe. Gas habe als Waffe gedient und Investitionen in grüne Energie verzögert. Außerdem habe es einen Keil in die Gesellschaft getrieben und eine wichtige Rolle bei der Inflation gespielt. Die Sicherheit der Energieversorgung sei lebenswichtig und von strategischer Bedeutung.

Der Co-Vorsitzende **Staffan Eklöf** (Schweden) stellte den ersten Redner vor, Herrn Carl-Oskar Bohlin, schwedischer Minister für Zivilschutz. Mit seinem juristischen Hintergrund habe dieser sich intensiv mit Fragen der öffentlichen und nationalen Sicherheit beschäftigt.

Der schwedische Minister für Zivilschutz, **Carl-Oskar Bohlin**, betonte die Bedeutung von Resilienz im Ostseeraum, wo die Länder geografische und politische Gemeinsamkeiten teilen würden. Als Mitglieder der NATO müssten sie die gegenwärtige Sicherheitskrise gemeinsam bewältigen. Um auf bewaffnete Konflikte vorbereitet zu sein, sei ein gesamtgesellschaftliches Konzept der Widerstandsfähigkeit erforderlich, das die gesamte Zivilgesellschaft gegen neue Bedrohungen einbeziehe. Er verwies auf das schwedische Konzept der Totalverteidigung, das während des Kalten Krieges entwickelt wurde und nun die gesamte Gesellschaft gegen Angriffe stärken solle. Er hob die Ukraine als Beispiel hervor, die mit „Totalem Widerstand“ auf den russischen Krieg reagiere. In modernen Gesellschaften spiele Versorgungssicherheit eine zentrale Rolle, was durch Russlands Nutzung von Energieressourcen als Waffe deutlich werde. Schweden müsse, so Bohlin, eine kritische Abhängigkeit von Ländern mit gegensätzlichen Sicherheitsinteressen vermeiden – ein Prinzip, das für die gesamte EU gelten solle. Darüber hinaus forderte er mehr Agilität im Industrie-Sektor, insbesondere nach den Pandemie-bedingten Lieferengpässen, sowie eine verstärkte öffentlich-private Zusammenarbeit, um rasch auf Krisen reagieren zu können. Er betonte die Notwendigkeit von Vorräten und Redundanz in kritischen Sektoren wie Rohstoffen. Der Herbst 2022 habe die Fragilität des europäischen Energiesystems gezeigt, wobei lediglich ein milder Winter eine Katastrophe verhindert habe. Schweden investiere in die Stärkung seines Energiesystems und der Versorgungssicherheit, um besser auf eine multipolare Welt vorbereitet zu sein. Diese Investitionen seien ein zentraler Bestandteil des schwedischen Verteidigungskonzepts.

Andris Kulbergs warnte davor, bei der Flucht vor der russischen Bedrohung nicht in Abhängigkeit von China zu geraten. Er stellte anschließend **Rasmus Dahlberg** vor, einen Experten der Königlich Dänischen Verteidigungsakademie, der sich auf Katastrophenmanagement und Katastrophenschutz in den nordischen Ländern spezialisiert habe.

Rasmus Dahlberg, Königlich Dänische Verteidigungsakademie, erläuterte, dass Dänemark bisher keine lange Tradition in der Forschung zur gesellschaftlichen Verteidigung habe, jedoch auf dem Weg sei, dies zu ändern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei die bevorstehende Gründung eines Ministeriums für Katastrophenschutz. Er präsentierte sein Forschungsprojekt „Resector“, das die Prozesse und Auswirkungen der COVID-19-Pandemie untersuche. Er habe die Pandemie als eine Art Generalprobe für zukünftige Krisen betrachtet und festgestellt, dass die Systeme zwar stark belastet, aber nicht bis zum Zusammenbruch getestet worden seien. Ein zentrales Thema seines Projekts sei das Prinzip der sektoralen Verantwortung, das besage, dass in Friedenszeiten die Verantwortung bei den Unternehmen liege, während sie in Krisen- oder Kriegszeiten auf andere Akteure übergehe. Dies werde in den nordischen Ländern besonders betont. Er sprach auch über das Konzept der „Krisengesellschaft“, das als neue Normalität betrachtet werde. Krisenmanagement und -vorbereitung müssten neu konzipiert werden, was bedeute, dass auch politische Strukturen und Organisationen angepasst werden müssten. Dahlberg verwies auf verschiedene Initiativen, darunter das schwedische Konzept der Gesamtverteidigung, die EU-Bemühungen zur Steigerung der Resilienz und Informationssicherheit sowie das wachsende Interesse der NATO an Resilienz als Strategie zur Abschreckung. Er betonte, dass der Nationalstaat trotz aller Initiativen nach wie vor der primäre Krisenmanager sei, da die EU während der COVID-Krise nicht schnell genug habe reagieren können. In Bezug auf die Energieversorgung stellte er fest, dass die Sicherheit im Energiesektor, insbesondere im

Hinblick auf Pipelines, ein zunehmend wichtiges Thema geworden sei. Er machte deutlich, dass eine durchschnittliche Pipeline durch viele unterschiedliche Rechtssysteme verlaufe und dass Effizienz und Kosteneffektivität in den letzten Jahrzehnten oft Vorrang vor Sicherheit gehabt hätten. Diese hybriden Bedrohungen würden darauf abzielen, Unsicherheiten auszunutzen und Verantwortlichkeiten zu verschleiern. Ein Beispiel, das er anführte, war die Explosion der Nord-Stream-Pipeline, die in einem rechtlichen „Albtraum“ außerhalb der dänischen und schwedischen Hoheitsgewässer stattgefunden habe. Er betonte die Notwendigkeit, das Prinzip der sektoralen Verantwortung zu überdenken, um sicherzustellen, dass es nicht zu einer Vermeidung von Verantwortung führe. Dies erfordere neue Politiken und Verwaltungsstrukturen, wobei die Nationalstaaten aus ihren Erfahrungen lernen und sich anpassen müssten.

Andris Kulbergs brachte die Abhängigkeiten zur Sprache, die nach der Abkehr von russischem Gas entstanden seien, insbesondere die Abhängigkeit von China in der Wind- und Solarindustrie. Er äußerte Bedenken, ob die Länder sich nun in eine neue Abhängigkeit begeben würden, während sie versuchen, die Energiewende voranzutreiben.

Carl-Oskar Bohlin verglich die Abhängigkeit von Energie mit der von einem Taucher, der auf seinen Sauerstoffschlauch angewiesen sei. Diese kritische Abhängigkeit könne über Nacht enden, was ihn zu dem Schluss bringe, dass Europa langfristig zuverlässige Energieketten entwickeln müsse. Er hob die Notwendigkeit hervor, die Energiewende nachhaltig zu gestalten, nicht nur in Bezug auf Ressourcen, sondern auch hinsichtlich der Sicherheit der Energieversorgung.

Marc Timmer (Schleswig-Holstein) lobte Dänemarks Ansätze zur Nutzung erneuerbarer Energien nach der Ölkrise der 1970er Jahre. Er stellte fest, dass die letzte Energiekrise Deutschland erheblich geschädigt habe und ein neues Energiesystem nötig sei. Angesichts der Unbeständigkeit erneuerbarer Energien sei eine Basisstromquelle notwendig und er prognostizierte, dass Wasserstoff bis 2040 oder 2045 diese Rolle übernehmen könne.

Elias Arndt, Repräsentant des Jugendforums, betonte, dass besonders Jugendliche der ständigen Krisen überdrüssig seien. Er fragte, wie die Öffentlichkeit, insbesondere junge Menschen, bei der Suche nach guten Lösungen einbezogen werden könnten.

Carl-Oskar Bohlin hob hervor, dass das Engagement der gesamten Gesellschaft ein entscheidender Faktor im Krisenmanagement sei. Er verwies als Beispiel auf die Ukraine, wo der enorme Widerstandswille der Bevölkerung nach dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 von vielen unterschätzt worden sei. Trotz der anfänglichen Erwartungen, dass die Ukraine schnell fallen würde, habe das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Führung zugenommen, gestärkt durch strategische Kommunikation. Diese Kommunikation sei auch bei weniger gravierenden Krisen wichtig. Schweden verfolge daher einen Ansatz, bei dem jeder Bürger im Rahmen der Gesamtverteidigung über seine Pflichten informiert werde. Eine spezielle Informationskampagne richte sich an Jugendliche, die bald 16 Jahre alt würden. Zudem erhielten alle Haushalte eine Broschüre, die erkläre, wie man sich im Krisenfall selbst versorgen und seinen Beitrag leisten könne.

Bryndis Haraldsdóttir (Präsidentin des Nordischen Rates, Island) betonte das Interesse des Nordischen Rates an einer stärkeren Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit. Sie fragte, ob die nordischen Länder bei der Überprüfung von Investitionen in kritische Infrastrukturen ausreichend agierten oder ihre Politik harmonisieren sollten.

Abgeordneter **Johannes Schraps** merkte an, dass die Meinungen über Energiequellen unter den BSPC-Mitgliedstaaten unterschiedlich seien und die vernetzte Welt heutige Krisen außergewöhnlicher erscheinen lasse. Er sprach auch über die Notwendigkeit, kritische Infrastrukturen zu schützen, und hob hervor, dass Sicherheitsmaßnahmen oft vertraulich bleiben müssten. Gleichzeitig sei es wichtig, die Öffentlichkeit zu informieren, wie im Fall der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine, wo Transparenz die öffentliche Meinung beeinflusse.

7 Dritter Sitzungsabschnitt: „Sicherheit in der Ostsee“

Bryndis Haraldsdóttir leitete gemeinsam mit **Prof. Jānis Vucāns** diesen Sitzungsabschnitt.

Der Vize-Ministerpräsident und Verteidigungsminister Dänemarks, **Troels Poulsen**, sprach über Dänemarks Verantwortung für die Sicherheit in der Ostsee und die historische Bindung zu den baltischen Staaten. Er hob die Rolle der BSPC bei der Stärkung der Beziehungen zwischen den Ostseeanrainern hervor und versicherte, dass die Bedrohung durch Russland ernst genommen werde. Der NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens sende ein starkes Signal, da nun alle demokratischen Ostsee-Länder Teil des Bündnisses seien. Dänemark plane eine dauerhafte Truppenstationierung in Lettland und erfülle das NATO-Ziel von zwei Prozent Verteidigungsausgaben. Zudem werde die militärische Unterstützung für die Ukraine erhöht und Dänemark werde die baltischen Staaten bei der

Seeminen-Hilfe unterstützen. Die Notwendigkeit, die Verteidigung sowohl kurzfristig als auch langfristig zu stärken, wurde betont.

Der Außenminister Dänemarks, **Lars Løkke Rasmussen**, betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den nordischen und baltischen Ländern, da sie geografisch an die Ostsee grenzten und angesichts steigender geopolitischer Spannungen vor großen Herausforderungen stünden. Er hob hervor, dass zum ersten Mal seit 500 Jahren alle nordischen Länder sowie alle demokratischen Ostsee-Länder Teil derselben Verteidigungsallianz seien, was einen historischen Fortschritt darstelle. Er warnte vor Russlands hybriden Angriffen, die die Reaktionsfähigkeit des Westens testeten. Er betonte, dass starke Allianzen und flexible Verteidigungsstrategien erforderlich seien, um diesen Bedrohungen entgegenzuwirken. Ein zentrales Anliegen sei auch die Sicherheit in der Ostseeregion, wo bedeutende Investitionen in erneuerbare Energien und Infrastruktur geplant seien, die jedoch auch die Verwundbarkeit gegenüber hybriden Angriffen erhöhen könnten. Er sprach die Risiken durch die russische Schattenflotte an, die versuche, Sanktionen zu umgehen, und warnte vor den möglichen Umweltauswirkungen von Unfällen mit Tankern. Rasmussen forderte die europäischen Partner auf, wachsam zu bleiben und Maßnahmen zu ergreifen, um die staatliche Autorität und das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken. Er betonte auch, dass es wichtig sei, von den baltischen Staaten zu lernen. Abschließend äußerte er den Wunsch nach einer sauberen und sicheren Ostsee für zukünftige Generationen und appellierte an die Europäer, mehr zur transatlantischen Sicherheit beizutragen.

In der anschließenden Debatte betonte **Saku Nikkanen** (Finnland) die Dringlichkeit, gemeinsam gegen die Bedrohung durch die russische Schattenflotte vorzugehen. Er äußerte seine Besorgnis über die zahlreichen russischen Öltanker, die in schlechtem Zustand seien und somit eine erhebliche Gefahr für die Umwelt der Ostsee darstellen würden. Nikkanen forderte die BSPC-Mitglieder eindringlich auf, sich auf eine einheitliche Position zu einigen und ein Verbot dieser Tanker in der Ostsee zu erlassen, um die maritimen Ökosysteme zu schützen.

Pauli Aalto-Setälä (Finnland) führte aus, dass Russlands aggressive militärische Handlungen die Sicherheitslage in der gesamten Region grundlegend verändert habe. Er wies darauf hin, dass Finnlands Außenpolitisches Komitee sich mit verschiedenen Aspekten dieser Bedrohung befasst habe, darunter Russlands Versuche, maritime Zonen im Finnischen Meerbusen neu zu definieren, sowie Angriffe auf Unterwasserinfrastrukturen. Er betonte, dass zusätzliche Maßnahmen erforderlich seien, um die Sicherheit in der Region zu gewährleisten. Dabei hob er hervor, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ländern intensiviert werden müsse, insbesondere in Bezug auf die Sicherheit von Lieferketten. Für Finnland sei eine sichere Seefahrt von zentraler Bedeutung, um die nationale Resilienz zu stärken. Zudem stellte er fest, dass die Umweltkooperation mit Russland seit Beginn des Krieges stark abgenommen habe, was sowohl die Sicherheitslage als auch die Umweltgesundheit der Ostsee betreffe.

Himanshu Gulati (Norwegen) beschrieb die BSPC als ein wichtiges Bindeglied zwischen den Nationen der Ostseeregion. Er wies darauf hin, dass die Ostsee historisch sowohl Chancen als auch Herausforderungen geboten habe und stellte die besorgniserregende Frage, ob die bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen ausreichend seien.

Oddný G. Harðardóttir (Island) unterstrich die Notwendigkeit, wachsam in Bezug auf Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu bleiben. Gleichzeitig plädierte sie dafür, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Frieden in bestehenden Konflikten zu fördern. In diesem Kontext stellte sie Minister Rasmussen die Frage nach dem besten Weg, um zukünftige Kriege zu verhindern.

Kaarel Taimla, Teilnehmer des Jugendforums, erinnerte an die historische Tatsache, dass Demokratien in Krisenzeiten oft überreagiert hätten, was zu schweren Konsequenzen geführt habe. Er verwies auf die Internierung von japanischstämmigen Amerikanern nach dem Angriff auf Pearl Harbor und warnte davor, im aktuellen Kontext ethnische Russen in den baltischen Staaten übermäßig zu diskriminieren. Taimla appellierte an alle Anwesenden, sowohl physische Bedrohungen als auch die Verbreitung von Desinformation ernst zu nehmen und respektvoll mit unterschiedlichen Meinungen umzugehen.

Tobias Olling Mørup, Teilnehmer des Jugendforums, sprach die Unfähigkeit Europas an, den Krieg zu verhindern, und fragte die Politiker, ob sie der Meinung seien, dass Europa politisch gescheitert sei. Er betonte, dass die militärischen Mittel Europas nicht ausreichten, um den Krieg zu beenden, und forderte konkrete Schritte zur Sicherung der Ostsee und Europas vor der Bedrohung durch Russland.

Abgeordneter **Johannes Schraps** ergänzte, dass die Länder rund um die Nordsee bereits Maßnahmen zum Schutz ihrer Infrastruktur ergriffen hätten, und forderte die Minister auf, engere Sicherheitskooperationen in der Ostseeregion zu etablieren.

Abgeordnete **Claudia Müller** verwies auf Minister Rasmussens Anmerkung, dass nach dem Zweiten Weltkrieg neue Regeln aufgestellt wurden, die oft ohne Mitspracherecht der Bevölkerung entstanden seien. Sie stellte die Frage, wie man sicherstellen könne, dass die Ostsee niemals wieder eine Trennlinie zwischen freien und unfreien Ländern werde, sondern ein Symbol der Einheit bleibe.

Troels Poulsen betonte die Bedeutung einer langfristigen Unterstützung für die Ukraine und hob hervor, dass Dänemark F-16-Kampfflugzeuge zur Unterstützung der Ukraine gespendet habe. Er rief auch dazu auf, in die ukrainische Verteidigungsindustrie zu investieren, um ihre militärischen Fähigkeiten zu stärken. Darüber hinaus forderte er eine intensivere Zusammenarbeit in Form gemeinsamer militärischer Übungen und einen gemeinsamen Erwerb von Militärtechnik durch die europäischen Länder, um die kollektive Verteidigungsfähigkeit zu verbessern.

Lars Løkke Rasmussen stimmte der Einschätzung zu, dass die derzeitigen Verteidigungsmaßnahmen unzureichend seien. Dennoch sei er optimistisch, dass die BSPC-Staaten in ihren Zielen nun geeinter aufträten, insbesondere seitdem alle demokratischen Länder der Ostsee NATO-Mitglieder seien. Er unterstrich die Bedeutung des Dialogs auf allen Ebenen, einschließlich der parlamentarischen Dimension, und stellte fest, dass es entscheidend sei, aus der Geschichte zu lernen, um die Unterstützung für die Ukraine aufrechtzuerhalten. Er betonte, dass Dänemark stolz darauf sei, einer der größten Unterstützer der Ukraine pro Kopf zu sein, und rief alle Anwesenden dazu auf, gemeinsam zu handeln, um zu verhindern, dass Putin den Krieg gewinne und damit Unsicherheit für zukünftige Generationen schaffe. Abschließend erklärte er, dass Zusammenarbeit der einzige Weg sei, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

8 Ansprachen von Vertreterinnen und Vertretern anderer parlamentarischer Versammlungen, internationaler Gäste und BSPC-Beobachterorganisationen

Oddný G. Harðardóttir und der Vizepräsident der Baltischen Versammlung, Timo Suslov (Estland), leiteten gemeinsam diesen Sitzungsabschnitt.

Hendrik-Jan Talsma (Niederlande), Vertreter der Parlamente der Beneluxstaaten, dankte der BSPC für die Einladung und betonte, dass die Ostsee für ihre Anrainer das sei, was die Nordsee für die Beneluxstaaten sei, eine wirtschaftliche und strategische Hauptader. Auch hier spiele Sicherheit eine immer wichtigere Rolle, da eine steigende Anzahl russischer Militär- und wissenschaftlicher Forschungsschiffe Küsten, Datenleitungen, Windparks und Gaspipelines passiere. Natürlich müsse das Recht auf freie Fahrt – *mare liberum* – respektiert werden. Die Eskorte von Nicht-NATO-Schiffen sei für die Nordseestaaten zu einer ständigen Aufgabe geworden, während Vorkehrungen getroffen worden seien, um Windparks vor Drohneneinsätzen zu schützen. Für die notwendigen Investitionen in die Verteidigung würden jedoch Ressourcen benötigt. Dazu zählten Software für eine bessere Erkennung und Überwachung, Kameraüberwachung, Drohnen und stringenter öffentlich-private Sicherheitspläne. Dies sei nur durch eine effiziente Zusammenarbeit möglich. Am 25. Oktober 2024 werde das niederländische Parlament Gastgeber einer Konferenz zu diesem Thema sein. Herr Talsma sprach eine Einladung an eine BSPC-Delegation aus und forderte seine Zuhörer auf, angesichts der zunehmenden Spannungen zusammenzustehen.

Tõnis Nirk (Estland), Sonderbotschafter für die Zusammenarbeit im Ostseeraum und Vorsitzender des Ausschusses Hoher Beamter des Ostseerates, erläuterte die wichtigsten Prioritäten des estnischen Ratsvorsitzes. Dieser baue auf den Errungenschaften seiner Vorgänger auf und betone weiterhin den politischen Dialog. Auf dem jüngsten Ministertreffen in Porvoo, Finnland, sei die Unterstützung für die Ukraine bekräftigt und auf die Veränderung der Sicherheitslandschaft nach dem russischen Angriff hingewiesen worden, insbesondere in Bezug auf die hybriden Bedrohungen durch Russland und Belarus. Das Hauptaugenmerk des estnischen Vorsitzes liege auf der Stärkung von Resilienz und Nachhaltigkeit. Darüber hinaus werde die Unterstützung für die Ukraine fortgesetzt und verstärkt. Zudem sei für den Ostseerat eine zielgerichtete Zusammenarbeit mit den anderen regionalen Formaten – allen voran der BSPC – entscheidend. In Bezug auf die langfristigen Prioritäten sagte er, dass sich der Ostseerat auf den Katastrophenschutz, den Kinderschutz und die Bekämpfung des Menschenhandels konzentrieren werde. Zudem würde der Ostseerat daran arbeiten, einen „digitalen Zwilling“ der Ostsee zu erstellen. Für die regionale Identität stünde unter anderem das kulturelle Erbe im Vordergrund. Auch die Beteiligung der Jugend spiele weiterhin eine wichtige Rolle, wie zum Beispiel bei der CBSS-Sommeruniversität in Tallinn Mitte Juli. Der Ostseerat habe mit Dr. Lindström einen neuen Generaldirektor des Sekretariats ernannt. Herr Nirk würdigte die enorme Arbeit seines Vorgängers, Botschafter Poznański, in den letzten vier Jahren.

Grzegorz Poznański (Polen), scheidender Generaldirektor des Ständigen Sekretariats des Rates der Ostseestaaten, sagte, dass die Zusammenarbeit und Lösungsorientiertheit im Ostseeraum auf die Versammlungen in den nordischen Ländern und Deutschland zurückgingen, den Vorläufern der heutigen Parlamente. Russland habe im späten Mittelalter in der Republik Nowgorod mit ähnlichen Ideen experimentiert – diese seien aber von Zar Iwan dem Schrecklichen buchstäblich abgeschlachtet worden. Dieses frühe Ende des Ratskonzepts sei eine wahrscheinliche Erklärung, warum seither keine gemeinsame Basis mit Russland gefunden worden sei. Er sei stolz darauf, den Ostseeraum vier Jahre lang zu vertreten zu haben, da sich andere Regionen, die ähnliche Kooperationen anstrebten, die Ostsee zum Vorbild genommen hätten, etwa die Länder rund um das Rote Meer. Er sei froh über die enge Zusammenarbeit mit der Ukraine und die Unterstützung der Ukraine auf allen Ebenen durch den Ostseeraum.

Jens William Grav (Dänemark), Koordinator des Ostsee-Nichtregierungsorganisations-Netzwerks, erinnerte an die Diskussion über die Nord Stream-Pipeline sowie die Kernenergie 2009. Er erklärte, dass der Zweck des Ostsee-NGO-Netzwerks darin bestehe, NGOs aus verschiedenen Ländern und Bereichen zusammenzubringen, auf die demokratische Entscheidungsfindung in der Region einzuwirken sowie das Bewusstsein für die Arbeit von NGOs zu schärfen. Während das Netzwerk früher in jedem Land der Region über Plattformen verfügt habe, seien die Plattformen in Finnland und Island nun geschlossen worden. Herr Grav hob hervor, dass Demokratie in der nordischen Tradition in NGOs begann, in denen Vorstände gewählt wurden. Diese Erfahrung sei dann in andere demokratische Institutionen, wie zum Beispiel politische Parteien, eingebracht worden. Er betonte, dass jeder Teil der Zivilgesellschaft für die Entwicklung des Ostseeraums wichtig sei. Deshalb würden, in Bezug auf die Partnerschaft des Netzwerks mit der BSPC, Gespräche über die Einrichtung einer Veranstaltung wie dem Baltic Sea Parliamentary Youth Forum geführt werden.

9 Berichte der Arbeitsgruppe und der Berichterstatter

Kim Aas (Dänemark) und die Vizepräsidentin des Landtages Schleswig-Holstein, **Eka von Kalben**, leiteten gemeinsam diesen Sitzungsabschnitt. Kim Aas brachte seinen Stolz auf die hochrangigen Empfehlungen, die die Arbeitsgruppe „Energiesicherheit, Eigenständigkeit, Widerstandsfähigkeit und Konnektivität“ nach nur einem Jahr erarbeitet habe, zum Ausdruck.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, **Andris Kulbergs**, betonte, dass nach nur einem Jahr große Erfolge erzielt worden seien. Rückblickend sei russisches Gas ein Beruhigungsmittel gewesen – so bequem für Bürger und Unternehmen, dass es keinen Antrieb für den Ausbau erneuerbarer Energien gegeben habe. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sei – vor allem in den Auswirkungen auf die Inflation – offensichtlich geworden, dass das Gas eine Waffe gewesen sei. Nun suche die Industrie nach alternativen Energiequellen, Europa hätte sich in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, wie Russland es nicht vorhergesehen habe. Es gebe aber noch viel zu tun. Die Rail Baltica sei ein wichtiges Projekt, da die sowjetische Infrastruktur bewusst in Ost-West-Richtung angelegt worden sei und nun die Nord-Süd-Dimension entwickelt werde. Die ukrainische Eisenbahn habe dem Land geholfen, seine Kriegsanstrengungen aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus diene die Rail Baltica auch als Energie- und digitale Infrastruktur, was die Sicherheit erhöhe. Im März 2024 war die Arbeitsgruppe nach Helsinki gereist. Das Zentrum für hybride Bedrohungen habe der Arbeitsgruppe bei ihrem Besuch die Augen dafür geöffnet, wie schlecht sie mit Propaganda umgegangen wären, wie langsam Informationen im Vergleich zu Desinformationen seien. Herr Kulbergs sagte, dass der Energiesektor im kommenden Winter gefährdet sei und betonte die Notwendigkeit einer zuverlässigen Grundenergie und einer besseren Vernetzung zwischen den Ländern. Er appellierte an seine Amtskollegen, sich nicht durch Nationalstolz von solchen Verflechtungen abhalten zu lassen. Der zukünftige Strombedarf werde ernsthaft unterschätzt. Durch die Umstellung des Fahrzeugtransports und der Heizung auf Elektroantrieb sowie das Wachstum der KI würde dieser enorm ansteigen. Das mache die Grundleistung noch wichtiger. Er rief alle dazu auf, zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass es keine weiteren Anfälligkeiten für russische Angriffe geben wird. Dazu gehörten auch der Schutz der wichtigen Infrastruktur in der Ostsee sowie die Abwehr hybrider Propagandabedrohungen.

Jörgen Pettersson (Åland-Inseln), Berichterstatter für die integrierte Meerespolitik, unterstrich, dass die Ostsee neben unvorhersehbaren Naturkräften auch mit Regulierung, Wettbewerb und Politik konfrontiert sei. 15 Prozent der weltweiten Schifffahrt finde in der Ostsee statt, wobei stets 2.000 Schiffe unterwegs seien. Sein Bericht decke drei große Politikbereiche ab: Die künftigen Kraftstoffe/Motoren und das ETS-Handelssystem würden weitreichende Auswirkungen auf die Infrastruktur, die maritime Raumplanung und die Technologien haben. Die russische Schattenflotte stelle eine große Herausforderung für die globalen Schifffahrts- und Regulierungsbehörden dar. Etwa 400 Tanker seien nicht oder falsch registriert und operierten unter dem Radar. Sie stünden für wirt-

schaftliche und strategische Aggression sowie geopolitische Instabilität. Die integrierte Meerespolitik liefere Vorstellungen, wie solche Fragen angegangen werden könnten. Ziel sei eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Zukunft für den maritimen Sektor.

Carola Veit, Berichterstatterin für Migration und Integration, führte aus, dass Migration und Integration nach wie vor ganz oben auf der politischen Agenda stünden, wie die jüngste Europawahl gezeigt habe. Sie hob die Ziffern 4, 6 und 8 der BSPC-Resolution hervor, nämlich die Integration von Migranten und schutzbedürftigen Gruppen in den Arbeitsmarkt im Hinblick auf die soziale Nachhaltigkeit sowie die Unterstützung der Ukraine. EuroStat hätte angegeben, dass Tschechien, Estland, Litauen und Lettland im Verhältnis zu ihrer Größe die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen hätten. Eine Studie des Deutschen Instituts für Arbeit zeige die Arbeitsmarktintegration von Ukrainern, wobei Litauen mit 57 Prozent die höchste Beschäftigungsquote aufweise, gefolgt von Dänemark mit 53 Prozent und Polen mit 48 Prozent. Unter 20 Prozent lägen Finnland, Norwegen und Rumänien. Diese Abweichungen würden teilweise durch die beiden unterschiedlichen Ansätze der Länder („work first“ versus „language first“) erklärt. Durch ersteren Ansatz werde Nachhaltigkeit durch Geschwindigkeit ersetzt, die Studie empfehle daher trotz der aktuell niedrigen Zahlen Norwegen als Vorbild. Zwei politische Entscheidungen in Lettland und Estland unterstrichen die Bedeutung von Sprachkenntnissen für die Integration: Lettland werde Russisch ab 2026 als obligatorische Zweitsprache in seinem staatlichen Bildungswesen abschaffen, um eine größere Auswahl an Zweitsprachen anzubieten. In Estland sei ab 2029 Estnisch die einzige Unterrichtssprache. Anschließend stellte sie vier politische Entscheidungen dar, die sich mit hybriden Angriffen und Grenzspannungen befassen: Finnland versuche, trotz rechtlicher Bedenken Pushbacks an seiner Grenze zu Russland durchzuführen. Finnland und Litauen müssten sich damit auseinandersetzen, dass Russland einseitig die Grenzen der Ostsee neu gezogen habe. Schweden habe ein „Spitzel“-Gesetz eingeführt, das es ermögliche, Kontakte mit Arbeitern ohne Papiere den Behörden zu melden. Deutschland hätte als Reaktion auf mehr als 260.000 unerlaubte Grenzübertritte im Jahr 2023 wieder temporäre Grenzkontrollen eingeführt. Flüchtlinge würden von Russland zunehmend zu einem Instrument hybrider Kriegsführung degradiert. Die Parlamentarier müssten ein Gleichgewicht zwischen dem Kampf gegen hybride Bedrohungen und der Verteidigung demokratischer Werte finden. Dennoch müssten sie sich in Erinnerung rufen, dass aufgrund ihrer alternden Gesellschaften Migration einer der Schlüssel für die Zukunft des Ostseeraums und Europas sei.

Abgeordnete **Anna Kassautzki**, Berichterstatterin für Munitionsaltlasten, mahnte, dass die Fehler der Vergangenheit nicht vergessen werden dürften. Nach den Weltkriegen seien rund 400.000 Tonnen konventionelle und 40.000 Tonnen chemische Sprengköpfe auf den Grund der Ostsee versenkt worden. Die Munition sei korrodiert, ihr Inhalt habe das Meerwasser verschmutzt. Nicht nur die BSPC habe versucht, die Munition an die Oberfläche zu bringen, sondern auch der Ostseerat, HELCOM und andere Organisationen. Wissenschaftler nutzten KI, um Munitionsdepots zu finden. Die EU, der Ostseerat und HELCOM wollten Werkzeuge und Technologien für eine Kampagne entwickeln, um die Ostsee von versenkter Munition zu befreien. In Kombination mit der geplanten deutschen mobilen Plattform könne dies ein Gamechanger sein. Das Auffinden, Bergen und Vernichten der Munition an Ort und Stelle oberhalb der Wasseroberfläche sei der effizienteste Weg, ohne das Ökosystem weiter zu schädigen. Der Prozess müsse aber beschleunigt werden – für die Umsetzung bleibe nicht mehr viel Zeit. Die Regierungen müssten einen Finanzierungsmechanismus finden, um das Chaos der vorangegangenen Generationen zu beseitigen.

10 Vierter Sitzungsabschnitt: „Klimainitiativen“

Der vierte Sitzungsabschnitt wurde von **Jaroslav Wałęsa** geleitet. Ko-Vorsitzende der Sitzungsleitung war **Hanna Katrín Friðriksson**.

Eva Jensen, Europäische Umweltagentur, stellte fest, dass sich die Erde bereits um das im Pariser Abkommen festgelegte 1,5-Grad-Ziel erwärmt habe. Wenn man die aktuellen Trends hochrechne, ergebe sich für das Ende des 21. Jahrhunderts ein Anstieg um 7 Grad Celsius. Diese übermäßige Erwärmung würde durch die weit verbreiteten Bemühungen aber voraussichtlich verringert werden. Die Europäische Umweltagentur habe im Frühjahr 2024 die erste umfassende Risikobewertung zu Klimarisiken in Europa veröffentlicht. Daraus gehe hervor, dass sich Europa doppelt so stark wie der globale Durchschnitt erwärme. Extreme Hitze, Dürre, Waldbrände und Überschwemmungen seien die Folge gewesen. Im Jahr 2022 hätten diese Ereignisse 52 Milliarden Euro an Schäden verursacht. Laut Bericht bestehe insbesondere im Bereich von Ernteaussfällen, Dürren, Häusern, die bei Überschwemmungen einstürzen, und der Meeresökosysteme dringender Handlungsbedarf. Im Anschluss ging Frau Jensen auf den „Green Deal“ der EU ein, der das Ziel habe, die Treibhausgase in Europa bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren. Es seien allerdings weitere Anstrengungen erforderlich, da nach Schätzungen eine Überschreitung

des Ziels für 2030 vorausgesagt werde. Die bisher erzielte Reduktion sei vor allem auf die Energiewende zurückzuführen: Die erneuerbaren Energien hätten sich seit 2005 verdoppelt. Diese Anstrengungen müssten jedoch dreifach werden, um das Ziel für 2030 zu erreichen. Abschließend warnte Frau Jensen davor, dass der Klimawandel auch im Jahr 2030 nicht aufhören werde und die Politik den Prozess der Bekämpfung des Klimawandels deshalb weiter vorantreiben müsse.

Prof. Jette Bredahl Jacobsen, stellvertretende Vorsitzende des Europäischen Wissenschaftlichen Rats für Klimaänderungen, erklärte, dass der Vorstand des Rats im Juni 2023 einen Bericht darüber veröffentlicht habe, was Europa zur Erreichung der Ziele des Übereinkommens von Paris beitragen müsse. Die maximal mögliche Reduktion von Treibhausgasen betrage bis zu 95 Prozent; es gebe eine Reihe von politischen Schwerpunkten, durch welche dieses Ziel bis 2040 erreicht werden solle. Zum einen müsse auf Seiten der Nachfrage eine klimafreundlichere Ernährung der Menschen sowie weniger energieverbrauchende Verkehrsmuster herbeigeführt werden. Zum anderen müsse mehr Wert auf erneuerbare Energien gelegt werden. Alle Maßnahmen müssten jedoch sektor- und politikbereichsübergreifend umgesetzt werden. Anschließend ging Frau Jacobsen darauf ein, dass alle bereits bestehenden Anstrengungen beschleunigt werden müssten, um die Klimaziele zu erreichen. Das Jahr 2050 sei ebenfalls nicht mehr weit entfernt und je früher die Maßnahmen umgesetzt würden, desto kostengünstiger würden sie sein. Sie erkannte aber auch an, dass der Klimawandel eine von vielen politischen Schwerpunkten sei, die manchmal miteinander kollidierten.

Prof. Stig Markager, Universität Aarhus, erklärte, dass das Ökosystem in der westlichen Ostsee völlig zusammengebrochen sei. Mehrere wesentliche Bestandteile hätten sich auf ein so niedriges Niveau reduziert, dass sie nicht mehr funktionierten. Die Kabeljau-, Hering-, und Flunderpopulation in der westlichen Ostsee seien vollständig kollabiert. Infolgedessen sei die gesamte (auch die kommerzielle) Fischerei verboten worden. Der Meeresboden in der westlichen Ostsee sei schlammig und von Fadenalgen bedeckt. In einem solchen Umfeld könnten kleine Fische nicht überleben. In tieferen Regionen des Meeres kristallisiere zudem elementarer Schwefel aus Schwefelwasserstoff und Sauerstoff und bilde eine netzartige Struktur. Dort könnten nur Schwefelwasserstoffproduzierende Mikroben überleben. Ursache dafür sei künstlicher Dünger. Stickstoff und Phosphor würden dazu führen, dass Aalgras verschwinde, Fischpopulationen schrumpften und klares Wasser trüb werde. 1995 seien etwa eine Million Tonnen Stickstoff pro Jahr in die Ostsee gelangt, heutzutage immer noch etwa 860.000 Tonnen pro Jahr. Das Ziel von HELCOM sei eine Verringerung um 7 Prozent. Selbst bei einer Reduktion um 20 Prozent wäre aber erst nach 400 Jahren ein guter Zustand der Ostsee erreicht, bei 50 Prozent Reduktion könne dies bereits nach 100 Jahren der Fall sein. Der Ausstoß von Stickstoff und Phosphor durch die industrielle Landwirtschaft müsse dringend reduziert werden. Dafür sei im Juni 2024 ein dänischer Green Deal erzielt worden, bei dem sich die Regierung, landwirtschaftliche Organisationen und NGOs darauf einigten, 15 Prozent der Ackerflächen in Dänemark der Natur zurückzugeben. Prof. Markager unterstrich jedoch, dass diese Zahl mindestens verdoppelt werden müsse. Seine Empfehlung an die Politik lautete, zu beschließen, dass Flächen in einem Umkreis von 2 Kilometern zu Bächen und Küsten nicht bewirtschaftet werden dürften. Zudem müssten fossile Brennstoffe eliminiert und alle anderen Belastungen – wie z. B. Überfischung – verringert werden.

In der sich anschließenden Debatte wies **Anna Kassautzki** darauf hin, dass der Vorteil des BSPC darin bestehe, dass man von den bewährten Verfahren in anderen Ländern erfuhre und daraus lernen könne. Es sei bekannt, was getan werden müsse (ökosystembasierte Fischerei, Wiedervernässung von Mooren, Anpflanzung von Seegras etc.) Es sei nicht nur die Aufgabe der Ostseeanrainerstaaten, sondern Europas und der Menschheit, die Ostsee in einem Zustand zu hinterlassen, mit dem die nächste Generation leben könne.

Staffan Eklöf merkte an, dass die Internationale Energieagentur in ihrem Bericht „The Changing Landscape of Global Emissions“ aus dem Jahr 2023 schrieb, dass Chinas CO₂-Ausstoß gestiegen sei, den aller fortgeschrittenen Volkswirtschaften übertreffe sowie Indien die EU überholt habe und zum drittgrößten Emittenten geworden sei. Auf die Entwicklungsländer Asiens entfielen nun die Hälfte der weltweiten Emissionen, im Jahr 2000 sei es noch ein Viertel gewesen. Er betonte, dass sich die tatsächlichen Gegebenheiten im Bereich der Emissionen geändert hätten, die Wahrnehmung der Rolle Europas dabei jedoch nicht. Dies entbinde die EU zwar nicht von Klimaschutzmaßnahmen, aber die Maßnahmen müssten die Situation in Asien, insbesondere in China und Indien, berücksichtigen. Darüber hinaus müssten bei nationalen Überprüfungen der Wirksamkeit von Klimaschutzmaßnahmen die Auswirkungen auf die globalen Emissionen untersucht werden.

Stanislaw Kostulski, Teilnehmender des Jugendforums, merkte an, dass bei der diesjährigen HELCOM-Jubiläumsveranstaltung deutlich geworden sei, dass man über das gesamte Wissen und die Instrumente verfüge, um den Klimawandel zu bekämpfen, die Regierungen sich aber weigerten zu handeln. Er rief dazu auf, jeden Menschen, insbesondere die Jugendlichen, in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Pola Zabuska, Teilnehmende des Jugendforums, hob hervor, dass es zwar viel Sensibilisierung für das Thema Klimawandel gebe, ein signifikanter Teil der Gesellschaft davon aber nicht erreicht werde. Sie fragte, welche realistischen Maßnahmen der öffentliche und der private Sektor ergreifen könnten, um den skeptischsten Menschen die Dringlichkeit der Klimasituation zu vermitteln.

Eva Jensen bedankte sich für die Unterstützung auf der Konferenz. In Bezug auf die Auswirkungen der Klimaschutzmaßnahmen auf die globalen Emissionen sagte sie, dass die EU-Verordnungen auf gründlichen wirtschaftlichen Folgenabschätzungen beruhten. Die EU nehme außerdem auch an globalen Verhandlungen teil, wobei der Schwerpunkt auf den Emissionen in der übrigen Welt liege.

Prof. Jette Bredahl Jacobsen stimmte zu, dass ein gerechter Wandel ohne öffentliche Unterstützung nicht gelingen könne. Daher müsse mit Mythen aufgeräumt, aber auch angemessene Kompensationsmaßnahmen arrangiert werden. Darüber hinaus bestätigte sie, dass das Hauptproblem des Klimawandels darin bestehe, dass es sich um eine globale Herausforderung handele. Was zähle, sei, was gemeinsam umgesetzt werde. Dabei sei die EU ein wichtiger Akteur und könne anderen zeigen, wie die Emissionen eingedämmt werden können. Darüber hinaus müssten sich die Politiker der EU und der USA aktiver an den internationalen Bemühungen beteiligen.

Prof. Stiig Markager betonte, es würde sehr lange dauern, bis sich das Ökosystem in der Mitte der Ostsee erholt hätte, aber die Küstenregionen könnten sich innerhalb weniger Jahrzehnte mit rückläufiger Stickstoff- und Phosphorzufuhr viel schneller erholen. Zudem merkte er an, dass es viele Synergien zwischen Klimawandel, biologischer Vielfalt, Eutrophierung und dem Zustand der Meeresumwelt gebe. Deshalb müsse zum Schutz des Meeres die Artenvielfalt erhöht, die Trinkwasserqualität verbessert und der Regenerationswert erhöht werden. Feuchtgebiete dienten dabei als Filter für Nährstoffe und Wälder als Kohlenstoffsinken.

11 Abschluss der Jahrestagung

Die Konferenz nahm einstimmig Änderungen der Geschäftsordnung an, die die Neubesetzung von Positionen innerhalb der BSPC betreffen. Der BSPC-Präsident dankte dem Redaktionsausschuss und den Delegationen für ihre hervorragende Arbeit bei der Ausarbeitung der 33. BSPC-Resolution, die anschließend einstimmig von den Delegierten angenommen wurde.

Am Ende der Konferenz übergab der scheidende BSPC-Präsident **Henrik Møller** den Staffelfstab an den Leiter der Delegation der Åland-Inseln und BSPC-Vizepräsidenten, **Alfons Röblom**, der das Arbeitsprogramm der Präsidentschaft bis August 2025 vorstellte, das unter dem Motto „Die Ostsee – unsere Lebensader“ stehe.

Die Åland-Inseln laden für die 34. BSPC vom 24. bis 26. August 2025 in ihre Hauptstadt Mariehamn ein.

Weitere Informationen zur 33. BSPC-Tagung sind auf der BSPC-Website abrufbar.

Berlin, den 7. November 2024

Johannes Schraps
Delegationsleiter

12 Verabschiedete Entschließung

Entschließung der Konferenz

Angenommen von der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) am 27. August 2024.

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter

des Parlaments Dänemarks

des Parlaments Estlands

des Parlaments Finnlands

des Parlaments der Bundesrepublik Deutschland

des Parlaments Islands

des Parlaments Lettlands

des Parlaments Litauens

des Parlaments Norwegens

des Parlaments Polens

des Parlaments Schwedens

des Parlaments Ålands

der Bremischen Bürgerschaft

des Parlaments der Färöer

der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

des Parlaments Grönlands

des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern

des Landtags von Schleswig-Holstein

der Baltischen Versammlung

des Europäischen Parlaments

des Nordischen Rats,

die sich am 27. August 2024 in Helsingør zusammengesessen sind,

- erklären, dass der Ostseeraum vor vielfältigen und wachsenden Herausforderungen steht, die eine noch engere Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den demokratischen Ostseeanrainerstaaten erfordern;
- betonen in Anbetracht der geopolitischen Lage und der aktuellen Bedrohungen ihre Verpflichtung, zu Sicherheit und Stabilität in der Region beizutragen;
- stellen fest, dass es notwendig ist, die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Ostseeanrainerstaaten zu intensivieren und verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Sicherheit, den Umweltschutz und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region durch noch besser koordinierte Maßnahmen zu fördern;
- betonen die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik und die Notwendigkeit, sicherheitspolitische Herausforderungen gemeinsam anzugehen und die Verteidigungsanstrengungen im Ostseeraum besser zu koordinieren;
- bekräftigen ihre unerschütterliche und uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine, solange dies nötig ist, und verurteilen erneut auf das Entschiedenste die großangelegte Invasion Russlands und die von der Russischen Föderation verübten Gewalthandlungen in der Ukraine sowie die anhaltenden eklatanten und massiven Verstöße gegen das Völkerrecht;
- betonen, dass zur Wahrung der Sicherheit des gesamten Ostseeraums eine verstärkte Zusammenarbeit zur Stärkung der Verteidigungslinie an der Grenze zu Russland und Belarus und eine kontinuierliche Erhöhung der Investitionen in die regionale Verteidigung und den Schutz vor hybriden Bedrohungen erforderlich sind;
- verurteilen die Instrumentalisierung von Menschen durch Belarus und Russland, um den Druck an den Grenzen zu erhöhen;

- unterstreichen, das es unbedingt notwendig ist, die Widerstandsfähigkeit ihrer demokratischen Gesellschaften ausgehend von den Werten, die die demokratischen Ostseeanrainerstaaten verbinden, zu stärken;
- verurteilen auf das Schärfste die deutliche Zunahme brutaler Angriffe und Straftaten gegen Politiker, Polizeibeamte und Medienvertreter, insbesondere in der jüngsten Vergangenheit und während des Europawahlkampfes, und sehen die Notwendigkeit, daraus in allen Mitgliedsstaaten geeignete Konsequenzen zu ziehen, um solche verurteilenswerten Entwicklungen, die sich gegen die Grundfesten unseres Zusammenlebens und unserer demokratischen Werte richten, zurückzudrängen;
- teilen außerdem mit großer Besorgnis die in der Ministererklärung des HELCOM-Ministertreffens 2024 in Riga zum Ausdruck gebrachte Feststellung, dass das Ökosystem Ostsee weiterhin stark vielfältigen anthropogenen Belastungen ausgesetzt ist, was auch anhand der Ergebnisse der dritten ganzheitlichen Bewertung der Helsinki-Kommission (HELCOM HOLAS 3) deutlich wird, und dass es ungeachtet aller wichtigen Verbesserungen im Umweltbereich und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Umweltschäden in der Ostsee zunehmend unter den negativen Auswirkungen der Dreifachkrise des Planeten aus Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt und Umweltverschmutzung leidet. Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, den Ostsee-Aktionsplan konsequent umzusetzen; <https://helcom.fi/wp-content/uploads/2024/04/Ministerial-Declaration-2024.pdf>.
- unterstützen voll und ganz den Inhalt der Porvoo-Erklärung des Ostseerats, die von den Außenministerinnen und Außenministern der demokratischen Staaten des Ostseeraums am 14. Juni 2024 abgegeben wurde; <https://cbss.org/wp-content/uploads/2024/06/porvoo-declaration-2024.pdf>.

**fordern die Regierungen des Ostseeraums, den Ostseerat und die EU auf,
im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum**

1. **die demokratische Resilienz zu stärken:** Appell an die Regierungen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Menschenrechte weiter zu fördern und dabei auf den erfolgreichen legislativen und administrativen Maßnahmen des vergangenen Jahres aufzubauen, indem die Zusammenarbeit und der Austausch bewährter Verfahren zwischen den demokratischen Akteuren in der Region intensiviert werden.
2. **die friedvolle Zusammenarbeit zu fördern:** Hervorhebung, wie wichtig die friedliche Zusammenarbeit und der Dialog zwischen den Ostseeanrainerstaaten sind, um gemeinsame ökologische Herausforderungen unter Wahrung des Völkerrechts und der territorialen Integrität anzugehen.
3. **das bürgerschaftliche Engagement zu stärken:** Erleichterung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen, Schaffung von mehr Bürgerplattformen mit Entscheidungskompetenz mit besonderem Augenmerk auf die junge Generation und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Jugend durch Verbesserung der politischen Urteilsfähigkeit, insbesondere durch Verbesserung der Demokratieerziehung und der schulischen Lehrpläne und Bildungsprogramme (Baltic Sea Parliamentary Youth Forum, BSPYF). Förderung des Erfahrungsaustauschs über den Aufbau eines effizienten Katastrophenschutzsystems, das dem Potenzial zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Mobilisierung von Humanressourcen und der Reaktion auf Notfälle Rechnung trägt.
4. **einen Schwerpunkt auf die soziale Nachhaltigkeit zu legen:** Betonung der Notwendigkeit, die jüngsten erfolgreichen Initiativen zur sozialen Nachhaltigkeit auszuweiten und darauf aufzubauen, einschließlich derjenigen, die darauf abzielen, die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung durch Weiterbildung und Umschulung zu bewältigen, Migranten und benachteiligte Gruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Bestärkung der Regierungen, dafür zu sorgen, dass diese Initiativen finanziell gut ausgestattet sind und wirksam umgesetzt werden. Entwicklung und Umsetzung von Programmen zur politischen Bildung und zivilgesellschaftlichen Initiativen für Jugendliche wie auch Erwachsene, um das Bewusstsein für die Gefahren zu schärfen, die von allen Formen des Extremismus, einschließlich der Rekrutierungsstrategien extremistischer Gruppen, für die Demokratie ausgehen (BSPYF). Förderung von grenzüberschreitenden Austauschprogrammen für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und unterschiedlicher Prägung, bei denen die Überbrückung gesellschaftlicher Gräben und die Bekämpfung von Extremismus im Mittelpunkt stehen (BSPYF). Gewährleistung eines auf Integration gerichteten Regierens durch Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung und Einrichtung von Mechanismen für Bürgerhaushalte zur gerechten Verteilung von Ressourcen und zur Stärkung der Eigenverantwortung der örtlichen Gemeinschaften. Ermutigung der Beschäftigten, Gewerkschaften beizutreten, durch Sensibilisierung und Förderung ihrer Mitwirkung, wobei ein besonderer

Schwerpunkt auf der Stärkung und Wahrung des institutionellen Rahmens der Gewerkschaften liegen sollte (BSPYF).

5. **die soziale Widerstandsfähigkeit zu stärken:** Erneute Bekräftigung, wie wichtig nach wie vor die Stärkung der sozialen Widerstandsfähigkeit im Ostseeraum ist, indem sie durch kulturelle Aktivitäten gefördert wird, in diesem Zusammenhang Würdigung und Unterstützung des erfolgreich angelaufenen Verfahrens zur Verleihung des Titels „Kulturperle des Ostseeraums“ und der ersten damit ausgezeichneten Städte und Förderung und Unterstützung der Entwicklung eines langfristigen Handlungskonzepts und der weiteren jährlichen Verleihung des Preises nach dem Auslaufen der Interreg-Projekte im Dezember 2025.

6. **vulnerable Gruppen zu schützen:** die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Menschen, Frauen, Kindern, alten Menschen und weiteren vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;

7. **die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung zu verteidigen:** die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;

8. **die Ukraine zu unterstützen:** Förderung einer fortgesetzten und erweiterten Unterstützung für die Ukraine, ausgehend von früheren gesetzlich beschlossenen Hilfspaketen und Initiativen zur Wiederaufbauhilfe. Eintreten für umfassende Programme, die wirtschaftliche Unterstützung, den Wiederaufbau der Infrastruktur und Hilfe bei der Stärkung demokratischer Institutionen beinhalten.

9. **Desinformation zu bekämpfen:** Aufforderung an die Regierungen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen und behördlichen Maßnahmen, die sich bei der Bekämpfung von Desinformationskampagnen – insbesondere den von der Russischen Föderation vorangetriebenen – als wirksam erwiesen haben, zu verschärfen. Förderung der Ausweitung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, von Programmen zur Förderung der digitalen Kompetenz sowie einer soliden Medienerziehung zur Bekämpfung von Falschinformationen. Verbot der Erstellung von Personenprofilen auf der Grundlage von Massendatenerhebungen, solange diese Profile gezielte Werbung für Desinformationskampagnen ermöglichen (BSPYF).

10. **die regionale digitale Zusammenarbeit zu fördern:** Eintreten für eine weitere Verbesserung und Harmonisierung der digitalen Märkte und Infrastrukturen im gesamten Ostseeraum. Hervorhebung erfolgreicher nationaler und regionaler Maßnahmen des vergangenen Jahres zur Stärkung der Cybersicherheit und einer ethisch vertretbaren digitalen Praxis und Aufruf zu gemeinsamen Anstrengungen, um diese Erfolge auf die gesamte Region zu übertragen. Stärkung der digitalen Widerstandsfähigkeit, wobei die Parlamente im Ostseeraum danach streben sollten, ihre Führungsrolle bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen für alle Altersgruppen deutlich zu machen und sich dabei auf 1) die Sensibilisierung für die Bedeutung des Datenschutzes und 2) die Unterstützung von Innovationen zur Bekämpfung von Desinformation zu konzentrieren.

11. **den Schutz der Meeresökosysteme zu verstärken:** Nachdrückliche Aufforderung an die Regierungen, die Bemühungen zur Bekämpfung der Eutrophierung zu verstärken, indem sie den überarbeiteten HELCOM-Aktionsplan und die Regelungen zur Reduzierung des Nährstoffeintrags systematisch umsetzen. Unterstützung der Umstellung und notwendigen Schwerpunktsetzung auf innovative, nachhaltige landwirtschaftliche Methoden und Förderung von Strategien für das Nährstoffrecycling, wobei sicherzustellen ist, dass diese Maßnahmen in die nationale und regionale Politik integriert werden, mit der die Zufuhr von Nährstoffen in die Ostsee deutlich reduziert werden soll, ohne die Nahrungsmittelproduktion zu verringern. Betonung der Notwendigkeit abgestimmter Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in der Ostsee und zur Verbesserung der Wasserqualität durch neue gesetzliche Maßnahmen und gezielte Investitionen.

12. **die Meeresschutzgebiete (MPA) auszuweiten:** Forderung nach einer Fortführung und Ausweitung der gesetzgeberischen Maßnahmen, mit denen erfolgreich neue Meeresschutzgebiete ausgewiesen und die Bewirtschaftungsstrategien verbessert wurden. Nachdrückliche Aufforderung an die Regierungen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verstärken, um gefährdete Lebensräume zu schützen, die biologische Vielfalt zu fördern und die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

13. **Initiativen für eine nachhaltige blaue Wirtschaft zu fördern:** Begünstigung öffentlicher und privater Investitionen in die innovative marine und maritime Forschung, um die Entwicklung und Umsetzung von Initiativen für eine nachhaltige blaue Wirtschaft zu unterstützen – unter gleichzeitiger Betonung von Artikel 1 Absatz 3 der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRR). Hervorhebung, wie wichtig eine Balance zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten wie Offshore-Windkraft und Aquakultur und dem Schutz der Meeresumwelt ist, indem ein Öko-

systemansatz zur Anwendung kommt. Aufruf zur Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Anregungen von Interessengruppen in die Planung und Durchführung dieser Initiativen, damit sie auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet sind gleichzeitig zum Wirtschaftswachstum beitragen.

14. die Nachhaltigkeit im Seeverkehr zu unterstützen: Eintreten für den Übergang zu schwefelarmen Kraftstoffen und alternativen Energiequellen und Förderung von Digitalisierung und Automatisierung in der Logistik, um die Effizienz zu verbessern und die Umweltbelastung zu verringern.

15. die Sicherheit und Infrastruktur von Häfen zu verbessern: Investitionen in die Verbesserung der Hafeninfrastuktur mit einem Schwerpunkt auf Sicherheit und Nachhaltigkeit, z. B. bei der landseitigen Stromversorgung und Abfallentsorgung, sowie bessere Anbindung an die Verkehrsnetze im Hinterland.

16. die Sicherheit im Seeverkehr zu erhöhen: Gewährleistung sicherer, effizienter und hindernisfreier Schifffahrtswege. Einführung und Durchsetzung fortschrittlicher Navigationshilfen, verbesserter Schiffsverkehrsdienste (VTS) und strenger Sicherheitsvorschriften, um die Sicherheit im Seeverkehr angesichts des dichten Verkehrsaufkommens und der schwierigen Wetterbedingungen in der Region zu verbessern. Eine verstärkte Ausweitung von Verkehrstrennungsgebieten (VTG) in Gebieten mit empfindlicher Infrastruktur ist von zentraler Bedeutung.

17. technologische Innovationen bei Motoren zu fördern: Investitionen in die Forschung und Entwicklung von Hybridantrieben, neuen Kraftstoffen und Elektrifizierungstechnologien zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Verringerung der Emissionen, damit die Schiffe so die immer strengeren gesetzlichen Anforderungen erfüllen.

18. die Bedrohungen durch die russische „Schattenflotte“ abzuwehren: Vorrangige Bekämpfung der von der russischen „Schattenflotte“ ausgehenden Bedrohungen durch eine verstärkte Überwachung des Seeverkehrs, den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die Durchsetzung von Vorschriften und gemeinsame Anstrengungen zur Minimierung von Umwelt- und Sicherheitsrisiken, einschließlich des Eintretens für internationale Sanktionen, solange dies nötig ist.

19. sich weiterhin mit dem Problem der im Meer versenkten Munition zu befassen: Aufforderung an die Regierungen, der Zusammenarbeit zur vollständigen Erfassung und sicheren Beseitigung von im Meer versenkter Munition Vorrang einzuräumen und diese zu koordinieren, wobei die laufenden Projekte und Förderinitiativen der Europäischen Kommission, z. B. Horizont Europa, genutzt und weitere gemeinsame Maßnahmen der HELCOM, des Ostseerats und der EU in diesem Bereich erarbeitet werden sollten. Eintreten für den Einsatz umweltfreundlicher Technologien und Methoden, um die von versenkter Munition ausgehenden Gefahren zu minimieren, und Sicherstellung, dass diese Bemühungen in die nationalen und regionalen Sicherheits- und Umweltstrategien integriert und so bald wie möglich umgesetzt werden.;

im Hinblick auf die Energieversorgungssicherheit und die Vernetzung

die Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung zu verbessern

20. in Anbetracht der aktuellen geopolitischen Herausforderungen Projekten zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit im Ostseeraum Priorität einzuräumen und sie zu unterstützen; (AG)

21. beim Bau neuer oder bei der Umgestaltung bereits bestehender Energieinfrastrukturen die regionalen Bedürfnisse, Resilienz Aspekte und Nachhaltigkeitsziele sowie auch das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen eingehend zu berücksichtigen; (AG)

22. weitere Verbundnetze im Ostseeraum zu fördern; (AG)

23. sich im Rahmen regionaler politischer Initiativen für den Aufbau eines gemeinsamen Verbundes einzusetzen und maßgeblich EU-Mittel einzubeziehen, um die Entwicklung eines regionalen Marktes für erneuerbare Energien erfolgreich voranzutreiben; (AG)

24. regelmäßig Erfahrungen und bewährte Verfahren in Bezug auf die Umsetzung von Onshore- und Offshore-Windkraftprojekten im Ostseeraum auszutauschen; (AG);

den Verkehr zu verbessern

25. die Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur aufzustocken und Gespräche über eine neue Strategie zur Verbesserung der Kapazitäten der militärischen Mobilität und des zivilen Verkehrs in der Region aufzunehmen; (AG)

26. Pläne zur weiteren Verbesserung der Vernetzung des See- und Eisenbahnverkehrs im Ostseeraum zu entwickeln und umzusetzen und die Anbindung an den europäischen Kontinent sicherzustellen; (AG)
27. die Koordinierung der Aktivitäten und die regelmäßige Zusammenarbeit der demokratischen Ostseeanrainerstaaten beim Schutz der maritimen Infrastruktur im Ostseeraum deutlich zu verbessern; (AG)
28. einen Plan zur Lösung der seeversicherungstechnischen Probleme in der Region zu erstellen, die zu Unterbrechungen der Handelswege und damit zu Verzögerungen und höheren Kosten für die Unternehmen führen können; (AG)
29. gemeinsam über die Umsetzung des VN-Seerechtsübereinkommens zu beraten, um die Herausforderungen in der Ostsee anzugehen, insbesondere den Schutz kritischer Infrastrukturen und die Koordinierung zwischen den Ostseeanrainerstaaten;

die digitale Vernetzung auszubauen

30. zwischen den Mitgliedern der Ostseeparlamentarierkonferenz Verhandlungen über eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit aufzunehmen; (AG)
31. Anreize und Unterstützungsmaßnahmen für die Stärkung der Unterwasser-Kommunikationsinfrastruktur in der Ostsee zu entwickeln, einschließlich des Ausbaus von Verbindungen und der Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit der bestehenden Verbindungen; (AG)
32. zur Verbesserung der flächendeckenden Internetanbindung und -versorgung im Ostseeraum zusammenzuarbeiten und sich auszutauschen; (AG)

grenzüberschreitende Projekte zu erleichtern

33. für grenzüberschreitende Großprojekte von regionaler Bedeutung zu sensibilisieren und nach Lösungen für ihre leichtere Umsetzung zu suchen; (AG)
34. gemeinsame grenzüberschreitende Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zu prüfen und den Infrastrukturbedarf zu ermitteln, um die Integration erneuerbarer Energien zu ermöglichen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit und den Zugang zu erschwinglicher Energie zu gewährleisten und zu verbessern;
35. angesichts der rasanten Entwicklung von KI-Software und KI-Diensten, die genügend Ökostrom und reichlich Rechenleistung erfordern, des Wachstums des Marktes für erneuerbare Energien im Ostseeraum und des Ausbaus der Vernetzung als Voraussetzung für die Einführung und Nutzung von Supercomputern die Zusammenarbeit zu koordinieren, um die Bereitstellung der erforderlichen Rechnerkapazitäten im Ostseeraum rasch in Gang zu bringen; (AG)

im Hinblick auf die Verteidigung

36. **das Vorgehen gegen Bedrohungen zu koordinieren:** Verständigung auf ein koordiniertes Vorgehen, um dem Mangel an Informationsaustausch, Bedrohungskontrollzentren, Bedrohungsabwehrstrategien sowie wirksamer Kommunikation zur Unterbindung gezielt verbreiteter Fake News und Propaganda entgegenzuwirken, zumal es zuletzt zu vielfachen potenziellen hybriden Bedrohungen für kritische Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen im Ostseeraum gekommen ist. (AG)
37. **Beispiele für bewährte Verfahren als Vorlage nutzen:** Einige Nordsee-Anrainerstaaten haben die „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zum Schutz der Infrastruktur in der Nordsee“ unterzeichnet; diese Initiative könnte als Modell für eine engere Sicherheitszusammenarbeit auch im Ostseeraum dienen.
38. **einen integrierten NATO-Verteidigungsraum zu verwirklichen:** Zusage, das Potenzial des Ostseeraums zu einem integrierten NATO-Verteidigungsraum mit starker regionaler Zusammenarbeit in der Küsten-, See- und Luftverteidigung zu erschließen. (AG)
39. **die Koordinierung der Überwachung und Reaktionsmaßnahmen durch die NATO zu verbessern:** Verstärkte Integration der Überwachung der maritimen Infrastruktur und der Reaktionsmaßnahmen in die NATO-Strukturen, insbesondere nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens. Förderung der Entwicklung kooperativer Steuerungsmaßnahmen und gemeinsamer Überwachungsinitiativen, um die Fähigkeiten der NATO zur Beobachtung und zum Schutz kritischer maritimer Infrastrukturen im Ostseeraum zu verbessern.

40. **das Lagebewusstsein zu erhöhen und die gesellschaftliche Resilienz zu stärken:** Besseres Lagebewusstsein und mehr gesellschaftliche Resilienz insbesondere, um auf hybride Bedrohungen im Ostseeraum reagieren zu können. (AG)
41. **die Verwaltung der maritimen Infrastruktur und die Rechtsangleichung zu verbessern:** Harmonisierung der nationalen Definitionen und gesetzlichen Rahmenregelungen für kritische maritime Infrastrukturen im gesamten Ostseeraum. Schaffung einer abgestimmten Verwaltungsstruktur für den Schutz der maritimen Infrastruktur, die einheitliche und koordinierte gesetzgeberische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen gewährleistet.
42. **in moderne Überwachungs- und Früherkennungssysteme zu investieren:** Investitionen in fortschrittliche Überwachungstechnologien wie Sensoren, hydroakustische Systeme und unbemannte Unterwasserdrohnen zur Echtzeitüberwachung der maritimen Infrastruktur. Förderung der Integration dieser Technologien in neue und bestehende Infrastrukturen, um ein umfassendes Frühwarn- und Schnellreaktionssystem zu schaffen, mit dem das Risiko und die Auswirkungen von Angriffen in der Grauzone minimiert werden.
43. **öffentlich-private Partnerschaften für die maritime Sicherheit fördern:** Eintreten für den Aufbau robuster öffentlich-privater Partnerschaften zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen Regierungen und privatwirtschaftlichen Akteuren, die an maritimen Infrastrukturen beteiligt sind. Entwicklung gemeinsamer Sicherheitsprotokolle und Investitionsstrategien, um Anreize für Privatunternehmen zu schaffen, modernste Sicherheitsmaßnahmen einzuführen, durch die alle Seiten profitieren und der Schutz kritischer Infrastrukturen verbessert wird.
44. **regionale Notfall- und Sofortinstandsetzungs-Kapazitäten zu entwickeln:** Förderung der Weiterentwicklung regionaler Notfallpläne und Sofortinstandsetzungs-Kapazitäten für maritime Infrastrukturen. Einsatz spezieller Reparaturschiffe und koordinierter Reaktionsstrategien in allen Mitgliedstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz, um eine schnelle Instandsetzung der beschädigten Infrastrukturen zu gewährleisten und die Effektivität und Attraktivität hybrider Angriffe in der Grauzone zu verringern.

Im Hinblick auf den Klimawandel

45. **die HELCOM-Empfehlungen zum Klimawandel umzusetzen:** Hervorhebung, wie dringend die Verbesserung der Klimaresilienz durch die fortgesetzte Umsetzung der Empfehlungen des HELCOM-Factsheets zum Klimawandel und der klimabezogenen Maßnahmen des Ostsee-Aktionsplans ist.
46. **den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern:** Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Offshore-Energien und kohlenstofffreien Brennstoffen, wie z. B. erneuerbarem Wasserstoff – unter besonderer Rücksichtnahme auf die biologische Vielfalt des Meeres –, und Festlegung ehrgeiziger Ziele hinsichtlich der Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien, um die Energiewende voranzutreiben und zu den globalen Klimazielen beizutragen.
47. **Küstenbewirtschaftungspläne zu entwickeln:** Forderung nach dringender Umsetzung und Aktualisierung umfassender Küstenbewirtschaftungspläne, aufbauend auf den im vergangenen Jahr beobachteten wirksamen Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Küstenökosystemen. Unterstreichung, welche Bedeutung dem Schutz dieser Gebiete als Kohlenstoffsinken und Pufferzonen gegen den Anstieg des Meeresspiegels zukommt.
48. **die bisherigen Handlungsaufforderungen umzusetzen:** Konsequente weitere Umsetzung der weitreichenden Handlungsaufforderungen der Entschließung der 32. BSPC zum Klimawandel und zur biologischen Vielfalt.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz

49. das freundliche Angebot des Parlaments von Åland dankbar zu begrüßen, die 34. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2025 in Mariehamn auszurichten.